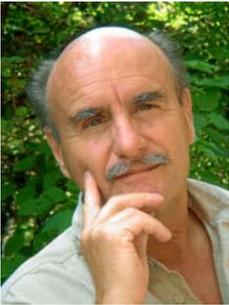


Information

des Forums Flugplatz Dübendorf

Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und leistungsstarke Luftwaffe bekennen.

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0 / Internet: <http://www.forum-flugplatz.ch> / E-Mail: vorstand@forum-flugplatz.ch



Vertrauen kann nicht herbeigeredet, sondern muss täglich erarbeitet werden. Da nützen noch so viele PR-Berater im VBS wenig, wenn zwischen Worten und Taten Welten liegen.

Da ist in VBS-Publikationen nämlich von «Vertrauen schaffen» die Rede oder in der ASMZ von der «Feedbackkultur», als würde dies der Realität entsprechen.

Die Chefs der «lernenden Organisation» wollen aber nichts hinzulernen. Mit süffigen Wortklaubereien wie «Aufwuchs» oder «Entwicklungsschritt» wird das Volk einmal mehr geblendet und getäuscht. **«JA» gesagt hat das Volk zur Armee XXI, nicht aber zum bevorstehenden eklatanten Abbau à la «Entwicklungsschritt» 08/11 mit irreversiblen Folgen!** Denn die Zeit und die Mittel werden fehlen, um verlorene Kompetenzen im «Ernstfall» wieder zu erwerben.

Entgegen vehementem Widerstand von zahlreichen namhaften Milizorganisationen wird ein massiver Abbauschritt komplett am Volk vorbei eingeleitet, obwohl das VBS beteuert, Bedrohung, Gefahren und Risiken seien seit Jahren unverändert. Die Milizorganisationen, nie ernsthaft in die Entscheidungen einbezogen, sollen einmal mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Solches Gebaren, liebe Vereinsmitglieder und Politiker, sät nicht nur Misstrauen, sondern verletzt demokratische Grundrechte! Es ist höchste Zeit, die Quittung für derartigen Umgang mit dem Volk zu präsentieren! Die nachfolgenden Seiten sind ausschliesslich diesem Thema gewidmet.

Betreffend Stationierungskonzept der Luftwaffe sind das VBS und die Armeeführung dem Steuerzahler noch immer die Antwort schuldig, welche Summe tatsächlich eingespart wurde und wie hoch sich die Neuinvestitionen beziffern! Sparmassnahmen sollen ja zum Abzug der Kampfflugzeuge samt Piloten und Betriebspersonal von Dübendorf geführt haben. Auch ein überaus «vertrauensvoller» Vorgang, aber es verhält sich wahrscheinlich so, wie die Installation einer Dusche im Bundeshaus, wo zuerst eingebaut wird und nachher ein Bundesrat erstaunt fragt, wieviel sein Nasskammerlein denn gekostet hat (180'000 Franken)!

Mit immensen Investitionen wurde Meiringen zum wichtigsten Gebirgsflugplatz ausgebaut. Im ersten Halbjahr 06 wurde dieser vom Berufsflygerkorps (F/A-18) wegen WEF und Auslandeinsätzen (Norwegen, Italien, Deutschland) jedoch über zwei Monate gar nicht benutzt! Ausländische Piloten meiden diesen Flugplatz aus topographischen Gründen und der Widerstand in der touristisch sensiblen Region nimmt rapide zu. Weiter steht die

Franz Weber- Initiative vor der Türe und Genf-Cointrin bemüht sich interessanterweise um eine Kabelfanganlage für F/A-18. Weitere Einschränkungen (Meteo) machen Meiringen zum unsicheren Einsatzstandort. Das Stationierungskonzept der Luftwaffe ist mit der faktischen Stilllegung von Dübendorf ein Fehlentscheid, den es zu korrigieren gilt. Wenn nicht heute, dann zumindest in naher Zukunft, wenn personelle Änderungen in Bern endlich wieder zur Hoffnung Anlass geben.

Ihr Peter Bosshard, Präsident

Dienst im Ausland?

Oberst i Gst Michele Moor, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

ASMZ September 2006

Der Schweiz fehlt zurzeit eine klare sicherheitspolitische Strategie. Die politischen Behörden und die Spitze der Armee weigern sich, einen sauberen Entscheidungsprozess zu führen, um diese Strategie zu definieren. Die Armee ist das Machtinstrument der Sicherheitspolitik. Vor drei Jahren hat das Schweizer Volk sich eindeutig für die Armee XXI ausgesprochen. Diese Armee muss verfassungsmässig vorwiegend in der Schweiz ausgebildet und eingesetzt werden. «Sicherheit durch Kooperation» ist heutzutage eher in der Schweiz als im Ausland nötig. VBS und Armeeführung erklären, dass geografische und gesetzliche Einschränkungen die Durchführung von Grossmanövern im Inland nicht mehr erlauben. Deshalb sollen Schweizer Armeeingehörige per Gesetz dazu verpflichtet werden können, ihre Fortbildungsdienste teilweise im Ausland zu leisten. Ich warte gespannt auf die Argumente in der Vernehmlassung. Die dieses Jahr durchgeführte Übung «Zeus» der Infanteriebrigade 2 hat doch gerade bewiesen, dass die zurzeit prioritären Operationen zur Raumsicherung (mit denen der Entwicklungsschritte 08/11 begründet wird) auch mit einem Grossverband in der Schweiz geübt werden können.

Wenn VBS und Armeeführung dies bestreiten, dann müssen sie sich neue Lösungen in der Schweiz und nicht im Ausland einfallen lassen. Optimale Voraussetzungen für die Schulung des Kampfes der verbundenen Waffen sind hier zu schaffen. Das gleiche Volk, das vor wenigen Jahren für diese Armee gestimmt hat, wird auch taugliche Ausbildungsbedingungen im Inland bejahen.

VBS und Armeeführung bekennen sich immer wieder zu einer starken Milizarmee. Aber eine Milizarmee kann nur stark sein, wenn sie in der Bevölkerung verankert ist: Dazu tragen in der Schweiz durchgeführte Fortbildungsdienste wirkungsvoll bei. Zudem bleiben einige der Vorteile unserer Armee erhalten: Gute Kenntnisse der Geografie des Einsatzgebietes und der nationale Zusammenhalt.

VBS und Armeeführung wollen die Schweizer Armee mit dem Entwicklungsschritt 08/11 im Hinblick auf die wahrscheinlichsten Einsätze weiterentwickeln. Diese Einsätze müssen in der Schweiz geübt werden können.

(Quelle: ASMZ Nr. 9) Heinrich Wirz, Oberst a D, Militärpublizist, Bundeshaus-Journalist

Der Nationalrat wird in der Herbstsession in Flims (18. September bis 6. Oktober) die Armeeorganisation und damit die geplante Reform «Armee 2008/2011» behandeln. Deren Verfassungsmässigkeit und Milizverträglichkeit sowie Aufwuchs- und Verteidigungsfähigkeit werden zunehmend bestritten.

Die mehrfach geforderte, breite und öffentliche Auseinandersetzung in Form eines Konzeptionsstreits um die Armee 2008/2011 hat nicht stattgefunden. Eine klare militärstrategische Doktrin und eine Gesamtkonzeption «Innere Sicherheit Bund/Kantone» fehlen. Ebenso sind handfeste Massnahmen zugunsten des schwindenden militärischen Lehrpersonals und damit der Ausbildung nicht ersichtlich. Selbst auf die kritischen Einwände und Vorschläge der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) wird nicht eingetreten. Einzig sind die Brigadetypen wieder namentlich genannt.

Hastige Vernehmlassung

Ende Mai verabschiedete der Bundesrat neben drei weiteren militärischen Vorlagen, darunter das Rüstungsprogramm 2006, seine Botschaft über Änderungen der Armeeorganisation. Vorausgegangen war – mit unvollständigen Unterlagen – eine zeitlich sehr gedrängte schriftliche Anhörung. Zum Beispiel fehlte in der «Erläuterung» ausgerechnet die «Konzeption Raumsicherung». Zudem war die Machbarkeitsstudie vom 30. September 2005 zum «Aufwuchs» nicht zugänglich. An der Anhörung teilgenommen haben neben sachkundigen Einzelpersonen vor allem Parteien, politische Gruppierungen, Kantone sowie Miliz- und Wirtschaftsverbände. Die verwirliche Auswertung der Anhörung – knapp zwei von rund 50 Botschaftsseiten – ist sowohl gegensätzlich als auch einseitig dargestellt, zum Beispiel: «Die Teilrevision wird als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen» (Seite 6233/34). Diese Aussage geht zu weit und bedeutet zudem noch keine Zustimmung zur Armee 2008/2011.

War denn die Vernehmlassung eine reine Pflichtübung des VBS?
Oder wollte das VBS die gegnerische Beweisführung erfahren, um sie besser bekämpfen zu können?

Weiter wird gesagt, dass drei der vier Bundesratsparteien, die Kantone (ohne Zürich) und die Mehrheit der militärischen Verbände die Teilrevision befürworteten, mit zum Teil «gewissen Einschränkungen». Diese Mehrheit der Militärverbände ist jedoch nicht belegt. So lehnen zum Beispiel der Schweizerische Unteroffiziersverband (SUOV) und die Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe (AVIA) ab. Die SOG unterstützt einerseits «die Stossrichtung des Entwicklungsschrittes 08/11, aber nur mit grossem Vorbehalt, weil die Folgerichtigkeit dieses Schrittes nach wir vor nicht bewiesen ist». Sie fordert andererseits eine vollständige Überarbeitung im Rahmen eines systematisch geführten Entscheidungsprozesses und stellt keinen überstürzten Handlungsbedarf für den Entwicklungsschritt 2008/2011 (ES 08/11) fest. Pro Militia beanstandet den Aufwuchs und den Mangel an militärischem Lehrpersonal. Sie verlangt eine grundlegende und umfassende Überarbeitung.

Namhafte Gegnerschaft

Bisherige militärpolitische Gegner treffen sich eigenartigerweise auf der den ES 08/11 befürwortenden Seite, so der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW) und die Grup-

pe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Gegen den vorgeschlagenen ES 08/11 stellen sich neben SUOV und AVIA die Schweizerische Volkspartei (SVP), im Widerspruch zu ihrer schweizerischen Mutterpartei die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Zürich (FDP), der Kanton Zürich, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM), die Aktion Aktivdienst, Pro Militia, Pro Libertate sowie der Verband der Schweizer Unternehmen Economiesuisse und Swissmem, die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie. Sie alle setzen sich für eine glaubwürdige und verfassungsmässige Milizarmee ein, nicht aber für den ES 08/11. Wollen wirklich Bundesrat und VBS gegen namhaften Widerstand erneut eine nicht bis ans Ende gedachte, unausgereifte Armee reform erzwingen?

Ein Teil der Widersacher wird in der Botschaft abschätzig als «wertkonservativ» bezeichnet – ein neues staatliches Gütesiegel? Ihre Beweisgründe für eine Ablehnung oder Zurückweisung der Vorlage sind weitgehendst unberücksichtigt geblieben. Ist das nicht ein Schlag ins Gesicht der Vorstände der Milizvereinigungen, die – ehrenamtlich – mit grossem Einsatz und Sachverstand innert kurzer Frist ihre Anhörungsantworten verfassten? Selbst die zahlreichen Vorbehalte und Verbesserungsvorschläge der Befürworter des ES 08/11 blieben ungehört. War denn die Vernehmlassung eine reine Pflichtübung des VBS? Oder wollte das VBS die gegnerische Beweisführung erfahren, um sie besser bekämpfen zu können? Hätten VBS und Bundesrat nicht besser getan, die Vorlage zurückzuziehen oder allenfalls ohne Zeitdruck zu überarbeiten?

Unbefriedigende Botschaft

Das kärgliche Kapitel «Änderungen gegenüber den in der Anhörung unterbreiteten Entwürfen» umfasst ganze sechs Druckzeilen. Immerhin werden in der revidierten Verordnung über die Armeeorganisation⁴ anstatt den im Entwurf³ stehenden sechs Brigaden und zwei Reservebrigaden des Heeres wieder ausdrücklich je zwei Panzer-, Infanterie- und Gebirgsinfanteriebrigaden sowie je eine Infanterie- und Gebirgsinfanteriebrigade der Reserve aufgezählt. Die Logistik- und die Führungsunterstützungsbrigade bleiben bestehen. Gegenüber dem Ist-Zustand «Armee XXI» würden in der Armee 2008/2011 eine Infanteriebrigade aufgelöst und je eine Infanterie- und Gebirgsinfanteriebrigade zu Reserveformationen. Der Bundesrat erhielt die Befugnis, die «Neuordnung der Armee» schrittweise einzuführen und «aus zwingenden Gründen» durch eigene Verordnung von der Verordnung des Parlamentes abzuweichen – rechtsstaatlich fragwürdig.

Das Umgekehrte ist notwendig: Das Parlament sollte mehr Befugnisse erhalten, um über Führung, Einsatz und Organisation der Armee frühzeitig mitentscheiden zu müssen.⁵ Zum Beispiel wäre die sich nicht bewährende, komplizierte Zweiteilung in eine politische und eine militärische Führung der Armee wieder aufzuheben. Der ES 08/11 ist in Tat und Wahrheit ein massiver und praktisch unumkehrbarer Abbau der militärischen Landesverteidigung, gefährdet die Sicherheit der Schweiz und verletzt die Bundesverfassung (Art. 58), wonach die Armee das Land und seine Bevölkerung verteidigt. Er missachtet den Volkswillen bei der Abstimmung vom Mai 2003 über die Revision des Militärgesetzes und damit über die Armee XXI. Die geplante Armee 2008/2011 würde im Verteidigungsfall infolge des personell, materiell, finanziell, ausbildungsmässig und zeitlich nicht zu verwirklichtenden «Aufwuchses» scheitern. Sie verunmöglichte, die dauernde und bewaffnete Neutralität eigenständig aufrechtzuerhalten, und triebe die Schweiz in ein Militärbündnis.

Stellungnahme der Pro Militia zur geplanten Revision der Armeeorganisation

(Quelle: Schweizer Soldat Nr. 9/2006) Jean-Pierre Bonny, Präsident Pro Militia, Bern,
alt Nationalrat und ehemaliger Präsident der SiK NR

Viele Aussagen in der Pressemitteilung des VBS zur Revision der Armeeorganisation, ja selbst in der Botschaft des Bundesrates ans Parlament - verfasst vom VBS - sind reine Behauptungen und kritisch zu hinterfragen.

Es wird behauptet, die vorgeschlagene Reform, die eine Halbierung der Verteidigungskräfte mit sich bringt, stehe im Einklang mit dem Sicherheitspolitischen Bericht und dem Armeeleitbild. Gleichzeitig wird festgestellt, mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 habe der Bundesrat eine Verlagerung der Prioritäten für den Einsatz der Armee beschlossen. Damit hat er ganz klar die Grundsätze des bisherigen Sicherheitspolitischen Berichtes und des Armeeleitbildes XXI aufgegeben, denn dort steht auf S. 21 (Zitat): «Der Auftrag <Raumsicherung und Verteidigung> hat für die Armee das grösste Gewicht.» Mit der Halbierung der Verteidigungskräfte will man diese wesentliche Zusage des Armeeleitbildes XXI aufgeben.

Verlagerung der Prioritäten

Wie kann man da behaupten, die neue Botschaft stehe im Einklang mit dem Armeeleitbild XXI? Es liegt auf der Hand: Vor diesem Beschluss des Bundesrates hätte das Parlament mit der Zustimmung zu einem neuen Leitbild, ja sogar zu einem neuen Sicherheitsbericht grünes Licht für diese doch schwerwiegende Umgewichtung des Armeeauftrages geben müssen. Vielleicht wäre es auch gut, eine Grundsatzdebatte zu führen zur Problematik «Armee und Innere Sicherheit». Da herrschen in gewissen Köpfen des VBS zum Teil wirre Vorstellungen, z. B. Innere und Äussere Sicherheit liessen sich heute nicht mehr unterscheiden.

Wer heute die Verteidigungsfähigkeit aufgibt und in Kauf nimmt, dass sie bei Kriegsgefahr nicht mehr hochgefahren werden kann, setzt die Sicherheit seiner Kinder und Enkel aufs Spiel.

Offensichtlich soll deshalb die Armee zugunsten der Inneren Sicherheit umgebaut werden. Auch wenn die Armee subsidiär zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit beigezogen werden kann, bleiben die Kantone nach wie vor verantwortlich für die Innere Sicherheit, und der Bund ist es für die Äussere. Wer dies ändert, kratzt an der verfassungsmässig verankerten Zuständigkeit.

Selbstverständlich besteht heute keine akute Kriegsgefahr. Man könnte allenfalls gewisse Kampftruppen hinunterfahren, wenn die Gewissheit bestände, dass sie bei ansteigender Gefahr wieder rechtzeitig hochgefahren werden könnten. Aber es steht in der Pressemitteilung kein Wort über die Problematik des Aufwuchses. Selbst in der offiziellen Botschaft an das Parlament

Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommissionen

Nationalrat:Präsidentin: Barbara Haering (SP), Boris Banga (SP) Duri Bezzola (FDP), Roland F. Borer (SVP), Jakob Büchler (CVP), André Bugnon (SVP), Didier Burkhalter (FDP), Walter Donzé (EVP), Eduard Engelberger (FDP), Valérie Garbani (SP), Paul Günter (SP), Ursula Haller (SVP), Oia Hollenstein (Grüne), Adrian Imfeld (CVP), Josef Lang (Grüne), Josef Leu (CVP), Arthur Loepfe (CVP), Christian Miesch (SVP), Abraham Fritz Oehrli (SVP), Pierre Salvi (SP), Ulrich Schlüer (SVP), Ulrich Siegrist, René Vaudroz (FDP), Kurt Wasserfallen (FDP), Hans Widmer (SP).

werden wichtige Fakten zum Aufwuchs verschwiegen, nämlich dass er zusätzlich 40 Milliarden Franken in 5, bzw. 8 Jahren erfordern würde. Es wird auch verschwiegen, dass das VBS selber an diesem Aufwuchs zweifelt (laut «NZZ am Sonntag» vom 8. April). Dieser Aufwuchs hat zudem eine völlig andere Dimension als alle bisherigen und übertrifft in seinen Auswirkungen auch jenen des Armeeleitbildes XXI.

Und die Verfassungstreue?

Dies wird verschwiegen oder heruntergespielt. Wer heute die Verteidigungsfähigkeit aufgibt und in Kauf nimmt, dass sie bei Kriegsgefahr nicht mehr hochgefahren werden kann, setzt die Sicherheit seiner Kinder und Enkel aufs Spiel, und dies alles bei relativ geringen Einsparungen, die mit dieser Reform erzielt werden sollen. Auch über diese offenbar bescheidenen Einsparungen wird kaum Auskunft gegeben. Es ist eine Anmassung sonderdergleichen, dass die Armeespitze diesen Verfassungsauftrag eigenmächtig uminterpretiert in «Raumsicherung und Abwehr eines militärischen Angriffs».

Die schlimmste Unwahrheit liegt in der Behauptung der Pressemitteilung, die Armeeaufträge würden nicht berührt. Was steht denn in Art. 58 der Verfassung? «Sie (die Armee) verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Es ist eine Anmassung sonderdergleichen, dass die Armeespitze die Verfassungsauftrag eigenmächtig uminterpretiert in «Raumsicherung und Abwehr eines militärischen Angriffs».

Es ist eine Anmassung sonderdergleichen, dass die Armeespitze diesen Verfassungsauftrag eigenmächtig uminterpretiert in «Raumsicherung und Abwehr eines militärischen Angriffs».

So geschehen an einem Rapport Monat Juni 2006. Von Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung keine Rede mehr. Da wird sogar von «Kernkompetenz» gesprochen, was laut Vernehmlassungsbotschaft offenbar im Bereich Verteidigung bzw. Abwehr bedeutet, dass man sich noch auf ein «savoir faire» beschränkt und auf ein «pouvoir faire» verzichtet.

Alarmglocken

Eine Armee, die zwar noch weiss, wie sich verteidigen könnte, aber sich nicht mehr verteidigen kann, schafft sich selber ab. Das hat auch die Gruppe «Schweiz ohne Armee (GSoA)» erkannt und in Stellungnahme den Entwicklungsschritt 08/11 befürwortet. Müssen da im VBS und bei den bürgerlichen Parteien nicht Alarmglocken läuten?

Zu hoffen bleibt, dass sich das Parlament der Konsequenzen bewusst wird und die Vorlage zurückweist; dass es eine vorgängige sicherheitspolitische Diskussion verlangt in Form eines neuen Sicherheitspolitischen Berichtes und eines neuen Armeeleitbildes 08/11.

Ständerat: Präsident: Hermann Bürgi (SVP), Hans Altherr (FDP), Madeleine Amgwerd (CVP), Michel Béguelin (SP), Peter Biere (CVP), Pierre-Alain Gentil (SP), Hans Hess (FDP), Alex Kuprecht (SVP), Christiane Langenberger (FDP), Helen Leumann-Würsch (FDP), Theo Maissen (CVP), Maximilian Reimann (SVP), Urs Schwaller (CVP).

Herausgeber dieser Ausgabe:

Forum Flugplatz Dübendorf

Peter Bosshard, Präsident, Robert Steiner, Vizepräsident, Mike Chatton, Vorstandsmitglied + Präsident PVB Sek. D, Frank Stoller, Vorstandsmitglied + Präsident UOV D, Postfach 1085, CH-8600 Dübendorf 1

Anfang April ist die für die betroffenen Organisationen und Parteien festgesetzte Frist zur Vernehmlassung abgelaufen. Ich habe in den langen Jahren meiner beruflichen und politischen Aktivität ungezählte Vernehmlassungsverfahren erlebt. Kein einziges wies aber derart viele Partikularitäten wie dieses auf.

Werfen wir vorerst einen kurzen Blick zurück. Im Mai 2003, also vor gerade drei (!) Jahren, hat der Souverän mit klarem Mehr der Armee reform XXI zugestimmt. Allseits - auch vom Bundesrat - wurde betont, dass nach diesem wesentlichen strukturellen Einschnitt für die Armee dann eine Periode der Stabilität und Kontinuität folgen müsse. Das war umsomehr notwendig, als der Übergang von der Armee 95 zur Armee XXI in manchen Bereichen bekanntlich nicht reibungslos verlief. Zum Teil sind diese Friktionen auch heute noch nicht restlos beseitigt.

Umso grösser war die Überraschung, als der Bundesrat mit Beschluss vom 11. Mai 2005 die Revision der Armeeorganisation «08/11» bekannt gab. Die Vorzeichen waren von Anfang an diffus; die einen offiziellen Kreise nannten es eine «Armee reform 08/11», die anderen etwas vorsichtiger (im Nachhinein) einen Entwicklungsschritt. Quintessenz dieses Beschlusses war

- die starke Reduktion der Kampf- und Kampfunterstützungsverbände der Armee in der Grössenordnung von einer Halbierung,
- der verbleibende Rest wird in einen «Aufwuchskern Verteidigung» zusammengefasst,
- dieser Aufwuchskern muss so gestaltet sein, dass er zu gegebener Zeit wieder so aufwachsen kann, dass die Armee ihren verfassungsmässigen Verteidigungsauftrag erfüllen kann.

Der Aufwuchs - vom VBS selber zur *conditio sine qua non* gemacht - wurde innert kürzester Zeit zum springenden Punkt der Vorlage. Es wurden rasch schwere Zweifel an der Machbarkeit dieses Aufwuchses geäussert. Eine Delegation der Pro Militia sprach am 7. Juni 2005 bei den Armeespitzen vor und erkundigte sich nach dem Aufwuchskonzept in der vollendeten Überzeugung, dass ohne ein solches Konzept der BRB vom 11. Mai 2005 gar nicht denkbar war. Zur grossen Überraschung der Delegation wurde seitens des VBS erklärt, dass es ein solches noch gar nicht gäbe! Bundesrat Schmid hat Anfang Juli dann den Auftrag zur Erstellung einer solchen Studie mit Frist bis Ende September erteilt. Das alles, wohlverstanden, zwei Monate, nachdem der Bundesrat die Revision in ihren Grundzügen verabschiedet hatte. Wie heisst es doch so schön: «Nach der Tat hält der Schweizer Rat.»

Das ist der Ausgangspunkt der «Machbarkeitsstudie», mit Anhängen ein zirka 80-seitiges Dokument, welches am 23. September 2005 vom Streitkräfte-Planungsausschuss genehmigt wurde. Wenn man eine einigermaßen seriöse Stellungnahme zur Armee revision 08/11 abgeben will, kommt man am Studium dieses offiziellen Dokumentes nicht vorbei.

Leider - ich sage das sehr ungerne - kommt man nicht an der Feststellung vorbei, dass hier das VBS die Grenze der intellektuellen Redlichkeit nicht nur tangiert, sondern sogar überschritten hat. Solche «Trickli» darf sich eine Behörde in einem offiziellen Vernehmlassungsverfahren einfach nicht leisten. Auf diese Weise geht die demokratische Vertrauensbasis verloren.

Und da liegt nun der Hund begraben! Die Machbarkeitsstudie, die übrigens eine vertiefte und nuancierte Abwägung der diversen Aspekte widerspiegelt, stellt an verschiedenen Stellen und

in verschiedener Beziehung die Machbarkeit sehr ernsthaft in Frage. Davon mehr an späterer Stelle. Das führte offenbar die Verantwortlichen zum mehr als problematischen Entscheid, diese Schlüsselstudie unter Verschluss zu behalten («interne à l'office»). In Tat und Wahrheit wurde dieser Entscheid nur halbbatzig durchgesetzt. Selbst wer - wie der Verfasser - keinen Finger rührte, kam in den Besitz der Studie, gleichsam wie die Jungfrau zum Kind! Als ehemaliger Parlamentarier ist es für mich übrigens fast undenkbar, dass das Parlament diese Teilrevision der Armeeorganisation im Herbst dieses Jahres verabschiedet wird, ohne dass die Ratsmitglieder im Besitze dieses Dokumentes wären. Andernfalls müsste man Zweifel an der Seriosität von deren Arbeitsweise hegen.

Noch schlimmer als dieser Mangel an Transparenz ist ein anderer Aspekt. Im Vernehmlassungsentwurf, den so genannten «Erläuterungen», finden sich praktisch nicht nur keine konkreten Aussagen zu Kernfragen wie den finanziellen Konsequenzen des Aufwuchses, zum Zeitrahmen und zu den rechtzeitigen politischen Beschlüssen durch das Parlament. Das ist an sich schon ein höchst bedenklicher Mangel. Weit schlimmer ist aber, dass die Machbarkeitsstudie sich sehr wohl und sehr einlässlich an verschiedenen Stellen mit diesen Kernfragen des Aufwuchses auseinandersetzt. Das ist Faktum. Was die Sache dann nochmals verschlimmert, ist der Umstand, dass die Botschaft die Machbarkeitsstudie auf Seite 19 wohl erwähnt, sich dann aber zur Aussage versteigt: «Was man aber aus der Studie nicht herauslesen kann ist, was der zeitliche und finanzielle Bedarf eines konkreten Aufwuchses wäre; dies hängt ganz davon ab, welche konkrete militärische Bedrohung sich abzeichnen würde.»

Leider - ich sage das sehr ungerne - kommt man nicht an der Feststellung vorbei, dass hier das VBS die Grenze der intellektuellen Redlichkeit nicht nur tangiert, sondern sogar überschritten hat. Solche «Trickli» darf sich eine Behörde in einem offiziellen Vernehmlassungsverfahren einfach nicht leisten. Auf diese Weise geht die demokratische Vertrauensbasis verloren.

Es geht ja in einer Planungsstudie nicht um genau bezifferte Kreditbeträge, sondern um Grössenordnungen der Kredite. Was steht nämlich in der Machbarkeitsstudie? In dieser gibt es auf Seite 54 ein Kapitel 19.3 «Les couts». Darin heisst es wörtlich: «La montée en puissance définie par le benchmark et qui consisterait à tripler l'armée active (etape de developpement 2008/2011) necessiterait des investissements de l'ordre de grandeur de 30 milliards. Les frais d'exploitation seraient, quant à eux, de l'ordre de grandeur de 10 milliards. Ces coûts de montée en puissance doivent être encore ajoutés au budget «ordinaire» de la défense (de l'ordre de 4 milliards annuels, dont 1,5 pour les investissements et 2,5 pour l'exploitation), car ils représentent les coûts supplémentaires qui résultent de la décision politique de monter en puissance. Répartis sur une durée de cinq ans, les couts totaux (budget ordinaire et montée en puissance) représentent un budget annuel pour l'armée de l'ordre de 12 milliards.» Beigefügt wird noch, dass der Streitkräfte-Planungsausschuss auf eine etwas tiefere jährliche Summe kam, weil er die benötigten Kredite nicht auf fünf, sondern auf zehn Jahre verteilte.

Es kann kein vernünftig Denkender im Ernst daran glauben, dass das Parlament jemals für den Aufwuchs Gesamtkredite in der Grössenordnung von 40 Milliarden (zusätzlich zu den

ordentlichen VBS-Ausgaben) sprechen wird. Die finanziellen Konsequenzen wurden hier bloss exemplikativ für die gravierenden Diskrepanzen zwischen Machbarkeitsstudie und offiziellem Vernehmlassungstext angeführt. Gleiches und Ähnliches liesse sich sagen bezüglich folgender Hindernisse bei der Machbarkeit des Aufwuchses:

- die Abhängigkeit der Rüstungsbeschaffung in einer sich verschärfenden internationalen Lage von Staaten, die vorerst ihre eigenen dringenden Beschaffungsbedürfnisse befriedigen werden (S. 53 der Studie),
- die Aufwuchsphase wird in der Studie je nach Szenario zwischen fünf und zehn Jahren situiert. Wird das Parlament rechtzeitig über die erforderlichen hellseherischen Gaben und den politischen Willen verfügen, um die Aufwuchsphase durch die Bereitstellung der Kredite in astronomischer Milliardenhöhe einzuleiten? (S. 51 der Studie).
- die Aufwuchs-Machbarkeitsstudie signalisiert Schwierigkeiten bei der Ausbildung der Kader und bei der Besetzung der Schlüsselfunktionen. Auch dies verschweigt das offizielle VBS-Papier (S. 52/53 der Studie).

Schliesslich ist erstaunlich, dass der Vernehmlassungstext, der die Weiterentwicklung der Armee zum Gegenstand hat, zu deren brennendstem Zukunftsproblem: dem seit langem bestehenden Mangel an Instruktoren, der in letzter Zeit katastrophale Dimensionen angenommen hat, kein Wort verliert. Die Nachhaltigkeit der Ausbildung ist in Zukunft in höchstem Masse gefährdet. Wenn hier nicht Remedur geschaffen wird, dann allerdings erübrigen sich weitere Planungsstudien und Diskussionen um Entwicklungsschritte ...

All diese Überlegungen haben dazu geführt, dass die Pro Militia in ihrer Stellungnahme vom 15. März 2006 zu folgenden ernüchternden Konklusionen gelangt ist: Die Vorlage ist unausgereift, zu wenig durchdacht und dort, wo sie richtige Ansätze aufweist, zu wenig konsequent. Sie geht in essenziellen Bereichen (Aufwuchs!) von unrealistischen Annahmen aus und ist nicht machbar. Dadurch führt sie nicht zu einer Stärkung, sondern einer Schwächung der Armee. Sie steht verfassungsmässig auf einer sehr schwachen und diskutablen Basis. Die Vorlage ist daher zu einer umfassenden und tief greifenden Überarbeitung zurückzuweisen.

Hilferuf an Bundespräsident Leuenberger und vernichtende Gutachten gegen Armee 08/11

(Quelle: Basler Zeitung vom 6.9. 2006, Seite 5) von Niklaus Ramseyer

Berufsmilitärs aller Grade protestieren gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen in der Armee XXI und gegen die neuste Armee reform: Das neue Ausbildungssystem sei schon kollabiert. Ab 2008 soll denn auch wieder zurückbuchstabiert werden.

«Einschnitte in den Lohnbezügen und ein sich ständig veränderndes Umfeld machen den Beruf des Instruktionsunteroffiziers zunehmend unattraktiv», steht in dem drei Seiten langen Schreiben zur «dramatischen Situation bei den Instruktoren», das der baz vorliegt. Es stammt vom 16. August und ist unterzeichnet vom Zentralpräsidenten des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes, Alfons Cadario.

Vertrauen verloren

Doch der oberste Unteroffizier im Land richtet seinen Hilferuf nicht an Verteidigungsminister Samuel Schmid (SVP), sondern direkt an «Herrn Bundespräsident Moritz Leuenberger» (SP). Cadario hat das Vertrauen in seine höchsten Vorgesetzten offenbar gänzlich verloren.

Das hat auch der Berufsoffizier Oberstleutnant Thomas A. Frey, der die Allgemeine Offiziersgesellschaft Zürich (AOG), präsidiert: «Die zahlreichen Leistungskürzungen beeinträchtigen die natürliche Motivation des militärischen Berufspersonals und das Vertrauen in den Arbeitgeber Bund in hohem Masse», schreibt er in einer vier Seiten langen Analyse in der neusten Ausgabe der Militärzeitschrift ASMZ. In den letzten 14 Jahren hätten die professionellen Armee-Ausbildner in der Schweiz «mehr als 20 000 Franken» jährliche Lohnneinbusse hinnehmen müssen. Und dies bei massiv erhöhten Anforderungen, weil jetzt statt zwei jährlich drei Rekrutenschulen geführt werden müssten und auch in Folge der durch die Armeeführung angestrebten «Professionalisierung» der Ausbildung. Frey kommt zum Schluss: «Die Gesamtheit der Personalmassnahmen spiegelt, wie gering der Bundesrat das Berufsmilitär schätzt.»

Absetzbewegung

Die Stimmung sei im Berufskader der Armee entsprechend schlecht. Immer mehr Instruktoren setzten sich in die Privatwirtschaft ab, schreibt Frey. Und er nennt Zahlen: 2003 hätten sich noch 14 Berufs-Offiziere und -Unteroffiziere aus dem Armeedienst verabschiedet. Letztes Jahr seien es schon 34 gewesen. Dieses Jahr hätten schon nur bis Mitte Juni 29 Instruktoren ihren Dienst quittiert. Bis Ende Jahr dürften es sicher 40 sein. Dabei hätte die Zahl der Berufsausbildner in der Armee XXI im Gegenteil massiv erhöht werden sollen. Doch schon nur beim

Heer sind von den gut 2000 Stellen für Berufs- und Fachoffiziere oder -unteroffiziere derzeit über 200 gar nicht operativ. Für die Rekrutenausbildung hat das Departement Schmid zudem fast 900 sogenannte «Zeitmilitärs» mit einem auf fünf Jahre befristeten Vertrag anstellen müssen. In Interviews hat Bundesrat Samuel Schmid zugegeben, dass ihm «einige hundert» Instruktoren fehlen.

Warner kaltgestellt

Der Ausbildungschef und stellvertretende Kommandant des Heeres, Divisionär Hans-Ulrich Solenthaler, hat ihn längst gewarnt, die angestrebte Professionalisierung der Armee-Ausbildung sei gescheitert. Ab 2008 will die Armee nun teils wieder zum früheren System zurückkehren: Milizkader in Ausbildung bringen den Rekruten Grundlagen des Kriegshandwerks bei.

Doch Solenthaler ist seinen Posten los. Und Frey nennt dies eine «Strafversetzung». Die droht einem anderen prominenten HSO («Höheren Stabsoffizier») nicht mehr: Paul Müller war Unterstabschef Planung der Armee und später Chef des Armeecollings. 2003 verliess er die Armeeführung. Jetzt hat der erfahrene Divisionär a. D. (ausser Dienst) den zuständigen Parlamentskommissionen (SiK) ein 27 Seiten starkes Gutachten zur neusten geplanten Reform «Armee 2008/11» zukommen lassen. Und der Berufsoffizier schreibt darin Klartext: «Der verfassungsmässige Auftrag» der Armee, welcher «eine Verteidigungsfähigkeit und nicht bloss eine Verteidigungskompetenz voraussetzt», sei «nicht mehr erfüllt», hält Müller etwa fest. Der vorgesehene «Aufwuchs» von der «Kernkompetenz» einer einzigen Brigade der Armee 08/11 zur Verteidigungsbereitschaft sei nämlich «eine Illusion». Diese Armee entspräche auch «nicht mehr der Armee XXI, welche das Volk in der Abstimmung 2003 de facto gutgeheissen hat».

«Nur im Bündnis»

Müller warnt: Ein «Aufwuchs», der faktisch nie realisierbar wäre, führe zu einer «wesentlichen Auslands-Abhängigkeit». Dann sei «nur noch die Verteidigung im Rahmen eines Bündnisses oder einer Koalition möglich». Die Armee 08/11 bleibe zudem teuer: «Die Einsparungen» dieses Abbaus seien «realtiv gering». Und auch das vom 22. August datierte Gutachten Müller, das der baz vorliegt, sieht die Ausbildung bedroht: «Die grössten Probleme» der Armee 08/11 «betreffen das militärische Lehrpersonal», schreibt der Ex-General. Er warnt vor einem «Kollaps des Ausbildungssystems». Müller fordert den schnellen Abbruch der Übung 08/11.

Quelle: Weltwoche Nr. 23 von Heinrich L. Wirz, Oberst a D, Militärpublizist und Bundeshaus-Journalist

Die Militärs arbeiten beharrlich auf das Ende des Milizsystems hin. Statt der Bürger sollen Beamte und Generäle das Sagen haben. Dazu ermächtigt hat sie niemand.

Jahrhundertlang gehörte die Milizarmee zur Schweiz wie die direkte Demokratie oder der Föderalismus. Und liesse man heute den gewöhnlichen Bürger abstimmen, ob er lieber eine Berufsarmee haben würde oder die Miliz, fiel die Antwort klar aus: Man möchte keine Berufsarmee. Trotzdem arbeiten die Beamten und hohen Offiziere im Verteidigungsdepartement (VBS) insgeheim auf die Abschaffung der Milizarmee hin – niemand weiss darum, und keiner hat sie dazu ermächtigt. Das VBS bestätigt, wovon General Ulrich Wille, Oberbefehlshaber der Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg, schon gewarnt hat: «Die Militärbürokratie ist die schlimmste aller Bürokratien und der grösste Feind der Milizarmee.»

Auf den ersten Blick ist das grotesk, denn erst 1999 hat die Bevölkerung eine neue Bundesverfassung angenommen, die das Milizprinzip der Schweizer Armee erstmals festschreibt. Ebenso werden die Leute im VBS nicht müde, ihre offizielle Begeisterung für die Milizarmee zu bekräftigen. Auch die erneuerte Armee XXI sei und bleibe eine Milizarmee, lautet die eiserne Sprachregelung. Selbst bei der abermaligen Reform der Armeeform XXI (!), dem sogenannten Entwicklungsschritt 2008/ 2011, werde nicht vom Milizprinzip abgewichen. Schaut man näher hin, zeigt sich, dass diese Beteuerungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Kleine Schritte, weitreichende Folgen

Miliz heisst, im Gegensatz zum stehenden Heer, Bürger- oder Volksheer. Ihr Niedergang begann mit der angeblich bloss «nachgeführten», tatsächlich aber stark veränderten neuen Bundesverfassung. Ohne Diskussion verschwand so das Verbot stehender Truppen sowie des Annehmens und Tragens von Orden. Ebenso fehlt jetzt die Bestimmung, wonach die Waffe «in den Händen des Wehrmannes» bleibt.

Was wie kleine redaktionelle Eingriffe aussieht, hatte weitreichende Folgen: Heute hält die Schweiz stehende Truppen sowohl im Inland, zum Beispiel die «Durchdiener», als auch im Ausland, wie etwa die Swisscoy im Kosovo. Die einst schlichte Uniform des Milizsoldaten wird aufwendig mit allerlei Lametta verunstaltet. Die Abgabe der persönlichen Dienstwaffe ins Eigentum des Armeeeingehörenden nach erfüllter Dienstpflicht ist nicht einmal mehr im Militärgesetz festgelegt – auch wenn dies die Verfassungsbefürworter den Schützen zu deren Beruhigung versprochen hatten. Bereits fordern linke und sogar bürgerliche Mitglieder des Parlaments, dem Armeeeingehörenden seine Waffe ausserhalb des Militärdienstes wegzunehmen oder höchstens für Schiessübungen zeitweilig abzugeben. Diese schleichende Entwaffnung, verbunden mit einer Geringschätzung der ausserdienstlichen Tätigkeit, steht im krassen Gegensatz zum militärischen Milizprinzip. Dieses gründet auf dem besonderen Vertrauensverhältnis zwischen den wehrfähigen Bürgern und ihrem Staat, der ihnen zusätzlich zur persönlichen Ausrüstung und Bekleidung eine Waffe in die Hand gibt.

Mit der Armee XXI wurden tragende Säulen aus dem Milizsystem herausgebrochen und Teile eingebaut, die nicht passen. Ein gutes Beispiel ist der neue Posten des Chefs der Armee, eines systemfremden «Friedensgenerals». Die Schweiz wahrte seit ihrem Bestehen den klaren Vorrang der zivilen vor der militärischen Gewalt – das Primat der Politik. Bundesrat und politische Verantwortungsträger führten die Armee, nämlich die Chefs des Militär- bzw. des Verteidigungsdepartementes. Seit 1848 waren das fast ausnahmslos Milizoffiziere. Mehrere davon waren ehemalige Regimentskommandanten, darunter der be-

kannteste Bundesrat Rudolf Minger (1881–1955). Die Hierarchie war flach, der Dienstweg kurz, die Gliederung der Armee dezentral, übersichtlich und für militärische Laien nachvollziehbar.

Papiermühlestrasse – nomen est omen

Heute ist die Hierarchie steil und die Kommandoordnung kompliziert. Die politische Führung – der Departementschef – und die militärische – der Chef der Armee – kommen sich dauernd in die Quere. Ihnen wird unterstellt sind unzählige Stäbe in der personell überdotierten Militärbürokratie, die mehrheitlich an der Berner Papiermühlestrasse residiert – nomen est omen. Dort befindet sich das Hauptquartier der Armee, zumeist betrieben durch militärisches Berufspersonal. Damit wird nicht mehr unterschieden zwischen der Milizarmee und der Militärverwaltung mit ihren Berufsleuten.

Einen weiteren Rückschlag erlitt die Milizarmee durch die militärpolitische Entmachtung der Kantone. Diese stellten im Rahmen ihrer Militärhoheit kantonal rekrutierte und geografisch verankerte Formationen, vor allem Infanterieregimenter mit jahrzehntelanger Tradition. Zwar erlaubt die Bundesverfassung den Kantonen nach wie vor, dass sie «ihre Formationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung auf ihrem Gebiet einsetzen, wenn die Mittel der zivilen Behörden zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit nicht mehr ausreichen». Dumm ist nur, dass mit der Armee XXI die kantonalen Verbände – verfassungs- und bedrohungswidrig – aufgehoben worden sind.

Dasselbe widerfuhr den eigentlichen Eliteverbänden der Miliz, den Alarmformationen zur Katastrophenhilfe, zum Schutz der Bundesstadt Bern sowie der Flughäfen Genf und Zürich. Sie wurden sang- und klanglos beseitigt. Früher machten selbstbewusste und kritische Regimentskommandanten aus der Miliz den Beamten ab und zu das Leben schwer, heute hat man die Regimenter kurzerhand abgeschafft, und das VBS hat sich so einiger hartnäckiger Kritiker entledigt.

Vorboten des Endes

Die gefährliche Lücke in den renommierten Alarmformationen sollte gefüllt werden mit sogenannten Durchdienern. Damit wurde die verkappte Umwandlung der Milizarmee in eine Wehrpflichtarmee vorangetrieben. Der kürzlich verstorbene Korpskommandant Ulrich Hess hielt 2002 fest: «Der Flughafen Zürich stellt einen neuralgischen Punkt dar. In der neuen ordre de bataille existiert das Flughafenregiment nicht mehr. Ersatz ist nicht vorgesehen. Wer sich damit behelfen will, in Krisensituationen eine Ad-hoc-Lösung zu treffen, zum Beispiel mit Durchdienern, verkennt die realen Probleme.»

Durchdiener werden durch Berufspersonal ausgebildet. Sie leisten ihre gesamte Militärdienstpflicht von gegen einem Jahr ohne Unterbrechung vorwiegend in einer besonderen Ausbildungsformation und gehören anschliessend zehn Jahre der Reserve an. Entgegen den Beteuerungen aus dem VBS sind Durchdiener keine Milizsoldaten. Unausgesprochenes Vorbild ist die Wehrpflichtarmee nach dem Muster der österreichischen oder deutschen Streitkräfte. Dort leisten Wehrpflichtige ihren Grundwehrdienst am Stück und werden noch eine Zeit lang unausgerüstete Reservisten. Das Kader der Wehrpflichtarmeen besteht überwiegend aus Berufs- und Zeitmilitärs.

Der Schweizer Milizsoldat kann nicht «Reservist» sein im Sinn ausländischer Wehrpflicht- oder sogar Berufsarmeen, wie etwa in den USA. In der Schweiz verkäme der nur noch mit der per-

sönlichen Ausrüstung ausgestattete Reserve-Armeeinghörige zur «bewaffneten Karteileiche», die im Normalfall nur noch für die ausserdienstliche Schiesspflicht wieder belebt würde.

Warum liessen so viele Milizoffiziere zu, dass das bewährte Milizsystem nach und nach unterhöhlt wurde? Die erstaunliche Legitimation der Schweizer Milizarmee gründete bis vor der Armee XXI auf dem gemeinsam geleisteten Militärdienst des Grossteils der männlichen Erwachsenen. Die Wehrgerechtigkeit war hoch; die Tauglichkeit lag bei über achtzig Prozent. Begonnen wurde mit der Rekrutenschule (RS) von rund vier Monaten Dauer, das heisst mit einer kurzen Erstausbildung, gefolgt von mehreren Wiederholungskursen während zwei bis vier Lebensjahrzehnten, je nach militärischem Grad. Angehende Korporale verdienen nach der Unteroffiziersschule in einer zweiten RS als Gruppenführer ihren Grad ab, künftige Leutnants nach der Offiziersschule als Zugführer in einer dritten RS. Geführt und ausgebildet wurde von der Rekrutenschule an weitgehend durch Milizkader. Diese Offiziere konnten bis zum nebenamtlichen Brigadekommandanten aufsteigen oder sogar hauptberuflich bis zum Divisionär oder Korpskommandanten.

In der Rekrutenschule und später in den militärischen Formationen fand sich die helvetisch-demokratische Vielfalt bezüglich Herkunft und Alter, Ausbildung und Beruf sowie Sprache, Religion und Zivilstand zusammen. In der Masse der Milizarmee fehlte das Berufsmässige, indem der Armeeinghörige als Bürger und Soldat den Militärdienst neben seiner Berufstätigkeit leistete. Das Volk hatte neben der Bundesverfassung über das ausführliche Militär-gesetz ein militärisches Mitbestimmungsrecht.

Miliz vor vollendeten Tatsachen

Zur Planung der Armee XXI ist die Miliz nur zu Alibihörungen aufgeboten worden, um den voraussehbaren Widerstand zu begrenzen. Ergebnis: Die verfassungsmässige Militärdienstpflicht wird unterlaufen, indem von den Rekruten immer mehr verlangt wird, um die zahllosen «Untauglichen» dann umso leichter in den Zivilschutz einzuteilen oder auszumustern. Die Wehrgerechtigkeit wird mit einer Tauglichkeit von noch rund sechzig Prozent bewusst in Frage gestellt und das Dienstalter des Gros der Armeeinghörigen auf rund dreissig Jahre herabgesetzt. Die Rekruten sind nur noch sieben Wochen zusam-

men, bevor die Unteroffiziers- und Offiziersanwärter in den Kadernschulen ihre getrennten Laufbahnen beschreiten. Sie werden während zwei Dritteln der RS durch Berufs- und Zeitmilitärs geführt und ausgebildet. Die Grundausbildung ist «professionalisiert» und die Miliz verdrängt worden, obschon gegen tausend Lehrkräfte fehlen – Tendenz zunehmend. Die militärpolitischen Rechte von Parlament und Volk sind geschmälert, weil wichtige Kompetenzen, zum Beispiel in der Armeearganisation, dem Bundesrat und dem VBS übertragen worden sind.

Der Bundesrat beschloss im Mai 2005 umwälzende Neuerungen der erst Anfang 2004 eingeführten Armee XXI. Die Regierung geriet mit dem sogenannten Entwicklungsschritt 2008/2011, der zu einer «Restmengen-Armee» führt, unter fast einhelligen Beschluss der Milizvereinigungen. Gegen deren Widerstand verabschiedete der Bundesrat die umstrittene Armeearganisation und ein entsprechendes Rüstungsprogramm zuhanden der Legislative. Die Miliz wurde nun bereits bei der dritten Armeereform in Folge (95, XXI, 2008/2011) nicht ernsthaft in die Entscheidung einbezogen und vor vollendete Tatsachen gestellt.

Bewährt, verankert, kostengünstig

Es geht nicht darum, die Milizarmee, die auch Nachteile hat, um jeden Preis zu erhalten. Worum es aber geht, ist Transparenz. Wenn das VBS die Milizarmee für überholt hält, dann muss es sich der öffentlichen Diskussion stellen. Zuerst soll der Bürger entscheiden, dann sollen die Beamten umsetzen. Heute läuft es umgekehrt. Mehr Ehrlichkeit des VBS böte die Chance, über die Zukunft einer Milizarmee ernsthaft zu diskutieren. Denn es gibt gute Gründe, daran festzuhalten. Die Wehrform der Miliz geht auf die Defensionalwerke des 17. Jahrhunderts zurück. Sie ist die bewährte, kostengünstige und im Volk verankerte Wehrform des bewaffneten neutralen Kleinstaates Schweiz.

Gewiss, die Bedrohungslage hat sich geändert: Ein Angriffskrieg in Europa scheint derzeit unwahrscheinlich, trotzdem darf man ihn nicht ausschliessen. ArmeepLANER müssen das Undenkbare denken. Die Milizarmee eignet sich aber auch in heute wahrscheinlichen Krisenlagen: wie etwa bei Anschlägen des internationalen Terrorismus sowie bei Katastropheneinsätzen. Sie muss aber vom Bürger getragen werden – was dieser nur tut, wenn er auch gefragt wird.

Das Volk will eine Armee, die das neutrale Land verteidigen kann

(Quelle: Weltwoche Nummer 35/ 2006) Urs Paul Engeler

Seit Monaten rekrutiert die Armee hinter den Kulissen Berufs- und Zeitmilitärs für Spezialeinsätze auf der ganzen Welt. Die Formation, welche den harmlosen Namen «Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10)» erhielt, darf aufgrund einer dürftigen, öffentlich gar nie diskutierten Verordnung mit sieben Artikeln, verdeckt ins Ausland entsandt werden zum Schutz von Personen und Gebäuden, zur Rückführung von Militärs und Zivilisten sowie zu Zwecken der Spionage, genannt: «Beschaffung von Schlüsselinformationen». Glaubt man den munteren Schilderungen eines Grenadiers, der in der neuen schnellen Schweizer Eingreiftruppe – von Linken als «Rambos» bezeichnet, von vielen Militärs hingegen als «Rambolinos» verspottet – seinen Dienst tut, dann wurde dieser Mann in abgelegenen Camps im Ausland von amerikanischen Spezialisten für Nahkämpfe und verdeckte Operationen ausgebildet. Frage deshalb an den Sprecher der Gruppe Verteidigung im VBS, Felix Endrich: «Trifft es zu, dass die Berufs- und Zeitsoldaten des neuen, rund neunzig Mann starken Detachements im Ausland geschult werden?»

«Siehe Antwort 1»

Die etwas steife Antwort aus dem Departement von SVP-Bundesrat Samuel Schmid bestätigt den Sachverhalt indirekt bis weitgehend: «Ein Teil der Ausbildung des Armee-Aufklärungsdetachementes 10 (AAD 10) erfolgt in Kooperation mit inländischen oder ausländischen Partnern, um auf ihrem Fachwissen

basieren zu können oder um Wissenslücken zu schliessen. Die Ausbildungskooperation mit dem Ausland ist auf Wunsch und Vorgabe der Kooperationspartner klassifiziert.» Trifft es zu, dass diese geheim gehaltene Schulung auch in Trainingscamps in Mittelamerika, im Hinterland Mexikos und in den Wäldern Guatemalas, betrieben wird?

Die knappe Antwort aus dem VBS: «Siehe Antwort 1.» Welche ausländischen Instrukturen werden beigezogen, um welche Wissenslücken zu schliessen? Sind es, wie oft behauptet, Kader des CIA oder von Spezialeinheiten der US-Armee? Wer hat die Oberverantwortung, die Schweizer oder die ausländischen Offiziere? Wer definiert die Ziele?

Die Antwort aus dem VBS besteht aus denselben fünf Silben: «Siehe Antwort 1.» Werden umgekehrt auch ausländische Instrukturen in der Schweiz zur Schulung dieser speziellen Truppe eingesetzt?

Für die Antwort genügt abermals der Druck auf die Wiederholungstaste: «Siehe Antwort 1.» War die neue Eingreiftruppe bereits einmal im Einsatz? Etwa bei der Rettung von Schweizern aus dem Libanon?

Die Antwort ist etwas länger und macht vollends misstrauisch: «Aus Gründen der Operationssicherheit sind Informationen zu Einsatzplanung und Einsatzführung des AAD klassifiziert.»

Faktisch betreibt das VBS wieder eine kleine feine Geheimar-

mee, die – neutralitätsrechtlich und -politisch mehr als delikater – eng und unkontrollierbar mit ausländischen Diensten verflochten ist. Ein weiterer heimlicher Schritt auf dem Weg in die totale Kooperation mit ausländischen Armeen, den die Planer im VBS seit Mitte der neunziger Jahre gehen, ist vollzogen. VBS-Chef Samuel Schmid, Korpskommandant Christophe Keckeis, der Chef der Armee, und der heimliche Einflüsterer im Departement, Divisionär Jakob Baumann, Chef des Planungsstabs, marschieren der Meinung des Volkes davon.

Die Umfrage «Sicherheit 2006», die der beamtete Major Karl W. Haltiner, Dozent an der Militärakademie der ETH Zürich, letzte Woche präsentiert hat, ist das wahre Desaster für die Armeepaner und die Spitze des VBS: 90 Prozent der interviewten Bürger befürworten die Neutralität ohne Wenn und Aber; die Zustimmung zu diesem Grundsatz hat den höchsten Grad erreicht, seit gemessen wird. Die Neutralität als Maxime des aussenpolitischen und militärischen Handelns der Schweiz ist politisch unantastbar. 66% der Befragten nennen spontan die klassische Verteidigung des Landes (Abschreckung) als die zentrale Aufgabe der Armee, 70% bezeichnen dies als deren wichtigste Aufgabe. Das zweite Feld eines Einsatzes der Armee ist die Katastrophenhilfe (63%). Andere Funktionen, vor allem Auslandseinsätze im Rahmen der Uno, rücken weit in den Hintergrund (marginale 12%). Die Bürger wollen nicht nur eine Verteidigungsarmee, die auch für Katastropheneinsätze vorbereitet ist; sie sind gemäss dieser Umfrage auch bereit, genau für diese Zwecke ihre Steuern zu bezahlen, gegen 4 Milliarden Franken pro Jahr.

Hanebüchene Umdeutung

Was machen das VBS und dessen Planer mit diesem für sie verheerenden Trend? Sie biegen und drehen und schummeln. Mit einer offenen Suggestiv-Zusatzfrage «Soll unsere Armee heute mehr können als nur das Land verteidigen?», die – welch Wunder – von 77 Prozent bejaht wird, stellt der bekennende Internationalist Haltiner das ungünstige Ergebnis auf den Kopf und folgert in einer hanebüchene Umdeutung seiner Zahlen: «Grundsätzlich wird der Wandel von einer auf die Landesverteidigung fixierten Armee zu einem multifunktionalen Sicherheitsinstrument grossmehrheitlich gutgeheissen.» Das ist mehr als eine kleine intellektuelle Unredlichkeit; das ist politische Falschmünzerei. Als VBS-Propagandist versucht Haltiner, den nächsten Reformschritt (Halbierung der Verteidigungskräfte Panzer und Artillerie!) und den starken Drang der höchsten Militärs ins Ausland zu legitimieren.

Der Auftrag der Verfassung, der die Verteidigungsfähigkeit fordert und nicht nur eine theoretische Verteidigungskompetenz, werde «nicht mehr erfüllt», dies sagen nicht Angehörige der Kriegsgeneration, sondern hohe Offiziere.

Die Armee XXI, vor drei Jahren erst installiert, genügt ihnen dazu nicht mehr. Sie legen dem Parlament eine als «Entwicklungsschritt 2008/2011» getarnte radikale Umkämpfung der Armee vor, bewusst ohne breite öffentliche Diskussion. Fast alle Organisationen, die sich an der kurzen Vernehmlassung beteiligt haben, beklagen die einseitige und tendenziöse Auswertung ihrer Beiträge. In der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ) weigert sich der undemokratische VBS-Chefbeamte Christian Catrina, Chef des Bereichs Strategie und Internationales, gar explizit, mit den Gegnern der Reform überhaupt Argumente auszutauschen: «Die grosse sicherheitspolitische Debatte ist nicht nur unnötig, sie würde auch Risiken enthalten, weil sie Anreize zur Polarisierung der sicherheitspolitischen Meinungslandschaft bieten würde.» Nach einer Reise an der Seite Samuel Schmidts in den Kosovo hat SP-Nationalrätin Barbara Haering, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), die auf den 4. und 5. September terminierten Hearings eigenhändig abgesagt. Die nächste Armee-Reform

soll nicht beraten, sondern durchgepeitscht werden.

Klassische Kampfverbände halbiert

Denn was da hinter verschlossenen Türen rasch und leise abgesegnet werden soll, ist nicht nur militärisch, sondern politisch von höchster Brisanz. Die klassischen Kampfverbände der Panzer und der Artillerie sollen faktisch halbiert, auf 20000 Mann reduziert, werden. Um den gültigen Verfassungsauftrag der Armee – «verteidigt das Land und die Bevölkerung» – dennoch erfüllen zu können, behauptet das VBS, die prinzipielle «Aufwuchsfähigkeit» der Armee bis zur Verteidigungsbereitschaft sicherzustellen, falls die internationale Lage sich verschlechtern sollte.

Die Unteroffiziere haben das Vertrauen in Samuel Schmid und das VBS verloren

Allerdings entlarvte eine erst auf Druck von aussen erstellte Studie des Planungsstabs («Capacité à durer et montée en puissance») das Aufwuchs-Versprechen indes als reine Illusion. Der Wiederaufbau einer einsatzfähigen Armee würde nicht nur atemberaubende 40 Milliarden Franken und mehr kosten, was laut Studie rund 12 zusätzliche Milliarden pro Jahr ausmachen würde. Sie wäre überdies wehrtechnisch gar nicht machbar: Das notwendige Rüstungsmaterial kann auf dem internationalen Markt nicht innert nützlicher Frist beschafft werden. Das Konzept «Aufwuchs» ist eine reine Täuschung des Parlaments. Nachdem die Spitzen des Departements die solide Analyse, die auf siebzig Seiten die Machbarkeit der raschen Aufrüstung in Frage stellt, durchgesehen und leer geschluckt hatten, wurde das entlarvende Papier weggesperrt und der Öffentlichkeit bis heute vorenthalten.

Real heisst der Abbauschritt «2008/2011» demnach nichts anderes als der Zwang zur internationalen Kooperation. Der Auftrag der Verfassung, der die Verteidigungsfähigkeit fordert und nicht nur eine theoretische Verteidigungskompetenz, werde «nicht mehr erfüllt», dies sagen nicht Angehörige der Kriegsgeneration, sondern hohe Offiziere. Die Schweiz würde, was dem langfristigen Ziel der Planer und Strategen im Departement, nicht aber dem Volkswillen entspricht, zum Eintritt in ein Militärbündnis gezwungen. Also sind auch nicht alle militärischen Aktivitäten vom geplanten Abbau betroffen, im Gegenteil. Trotz Sparmassnahmen gezielt forciert (plus 40 Millionen pro Jahr) werden die internationalen Operationen, die nicht allein im schweizerischen Interesse, sondern «nach Bedarf der internationalen Gemeinschaft» erfolgen sollen. Dazu sollen Profis und Durchdiener angeheuert werden. Die Miliz, weiterhin das Rückgrat der Armee, wird zur Bewachungstruppe («Raumsicherung») degradiert.

Die Unteroffiziere haben das Vertrauen in Samuel Schmid und das VBS verloren. Ihr Präsident Alfons Cadario hat sich am 16. August mit einem Hilferuf direkt an Bundespräsident Moritz Leuenberger (SP) gewandt und auf drei Seiten den Reformprozess «08/11» als «eines demokratisch geprägten Landes unwürdig» kritisiert. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) fordert einen Marschhalt und die vollständige Überarbeitung der nicht ausgereiften Vorlage. Die Milizverbände, etwa die Pro Militia unter ihrem Präsidenten, alt FDP-Nationalrat und Oberst Jean-Pierre Bonny, weisen das Projekt zurück, ebenso die grossen Wirtschaftsverbände. Das Volk will eine Verteidigungs- und keine Auslandsarmee. Auf wen stützt das VBS seine Politik ab? Zum Beispiel auf die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). In ihrer Stellungnahme zuhanden des Departements applaudieren die Armee-Abschaffer dem Departement: «Die GSoA teilt die Analyse des Planungsstabs, dass die Schweiz auf absehbare Zeit keiner herkömmlichen militärischen Bedrohung ausgesetzt sein wird.» Die GSoA begrüsst darum den geplanten «Abbau der Truppen für die klassische Landesverteidigung» und die Verringerung der «Bestände an aktiven Armeeangehörigen». Mitarbeit: **Heinrich L. Wirz, Oberst aD**